

"Entscheidende Etappe zum Zusammenschluß Europas" in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (19. Februar 1957)

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 19.02.1957, Nr. 34. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Entscheidende Etappe zum Zusammenschluß Europas", p. 291.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/entscheidende_etappe_zum_zusammenschlu%C3%9F_europas_in_bulletin_des_presse_und_informationsamtes_der_bundesregierung_19_februar_1957-de-67210eb1-71a9-47da-83d5-eboe3b4af45d.html



Publication date: 05/11/2015

Entscheidende Etappe zum Zusammenschluß Europas

Nachdem am 18. Februar 1957 die Außenminister der Montan-Staaten in Paris die Abkommen über den Gemeinsamen Europäischen Markt und über eine Europäische Atomgemeinschaft verhandelt haben, wird eine Konferenz der Ministerpräsidenten bzw. der Regierungschefs der Staaten der Montan-Union am 19. Februar die beiden Vertragswerke abschließen. Dieser 19. Februar 1957 dürfte also ein Datum sein, das in den Annalen der europäischen Entwicklung besonders verzeichnet bleiben wird. Würde doch mit dem Abschluß des Vertrages über den Gemeinsamen Markt und über die Atomgemeinschaft die Integration Europas ein Stadium erreichen, das allen bisherigen Bemühungen um den europäischen Zusammenschluß den bisher größten Erfolg sichern würde. Das Maß der Entschlossenheit, mit der die europäischen Regierungen einschließlich Großbritanniens, das den europäischen Markt um die durch den Macmillan-Plan umrissene Freihandelszone erweitert sehen möchte, den bisher entscheidendsten Schritt zum Zusammenschluß Europas unternehmen, ist bemerkenswert.

Damit wären die Skepsis und die Resignation, die der Verwirklichung Europas zusehends entgegengebracht wurden, überwunden. Zweifellos haben die internationalen Ereignisse im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres nicht nur die Einsicht in die unabweisliche Gebotenheit des europäischen Zusammenschlusses verstärkt, sondern auch den entschlossenen Willen geweckt, endlich ernst zu machen. Man tut es aus dem Bewußtsein heraus, daß innerhalb der neuen internationalen Entwicklungen, die durch das Heraufkommen neuer Mächtezusammenschlüsse charakterisiert sind, Europa sich nicht nur behaupten, sondern auch eine mitbestimmende Rolle in der Weltpolitik nur dann weiter spielen kann, wenn es als einheitliche Größe auftritt. Diesem Gedanken hatte gerade auch Bundeskanzler Dr. Adenauer, einer der Staatsmänner, die nicht müde wurden, den Zusammenschluß Europas als historische Notwendigkeit zu fordern, in seiner Brüsseler Rede vom 25. September 1956 besonderen Ausdruck gegeben.

Die Saat der von der Bundesregierung bejahten und geförderten Politik eines Churchill, eines Robert Schuman, De Gasperi und Spaak, zu denen der jetzige französische Ministerpräsident Mollet hinzugetreten ist, geht nun auf. Es bleibt dabei besonders zu beachten, daß diese Politik in steigendem Maße von den Völkern selbst getragen und verlangt wurde. Insbesondere ist es auch das deutsche Volk, das dieser Politik sein besonderes Vertrauen, seine Hoffnungen und seine Zuversicht entgegenbrachte. So konnte Bundeskanzler Dr. Adenauer im Zusammenhang mit den Abstimmungen über den Vertrag einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beschwörend darauf hinweisen, daß die Erwartungen der Völker nicht enttäuscht werden dürften, da es sonst nicht mehr möglich sein könnte, ihr Vertrauen in die Entwicklung zu einem Zusammenschluß Europas aufrechtzuerhalten. Nach dem Scheitern der EVG konnte dieses Vertrauen mit Hilfe der Westeuropäischen Union, die auch Großbritannien verpflichtete, seinen Beitrag zur gemeinsamen europäischen Verteidigung zu leisten, wieder aufgefangen werden.

Es hatte jedoch gegen Ende des vergangenen Jahres eine kritische Phase erreicht, die nach einer demoskopischen Umfrage dahin charakterisiert werden kann, daß die Bevölkerung immer weniger daran glaubte, eine Vereinigung Europas noch erleben zu können. Während im Februar 1953 noch 41 v. H. der westdeutschen Bevölkerung diesen Glauben bekundeten, waren es im Dezember 1956 34 v. H. Ein direktes Nein äußerten im Februar 1953 29 v. H. und im Dezember 1956 36 v. H. Unentschieden blieben in konstanter Weise 30 v. H. Es waren insbesondere die jungen Jahrgänge, die mehr Optimismus zeigten als die älteren. Merkwürdig ist jedoch, daß, je weniger die Bevölkerung daran glaubte, das Ideal Europa werde sich verwirklichen lassen, sie umso entschiedener wünschte, die Vereinigung Europas sollte sobald als möglich erfolgen.

Auf die Frage: „Wenn eine Abstimmung in Europa käme: würden Sie selbst dann für oder gegen die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa stimmen?“ antworteten im September 1955 68 v. H. mit Ja, im Dezember 1956 75 v. H. Diese Entschlossenheit, bei einer Abstimmung für Europa positiv zu stimmen, ging durch alle Bevölkerungsschichten. Auch in Frankreich wurde eine ähnliche Umfrage unter den Zeitungen durchgeführt. Von diesen haben auf die Frage, ob sie den Gemeinsamen Europäischen Markt für wünschenswert hielten, 97 v. H. bejahend geantwortet. Auf die zweite Frage, ob der Gemeinsame Markt für Frankreich auch durchführbar sei, antworteten 58 v. H. mit Ja. Weitere 24 v. H. stellten gewisse Bedingungen, und 6 v. H. bezeichneten das Projekt als kaum durchführbar. Nur 9 v. H. erklärten, der

Gemeinsame Markt sei nicht zu verwirklichen.

Hier liegt eine erfreuliche Übereinstimmung der öffentlichen Meinung mit den Anstrengungen der verantwortlichen Regierungen vor. Es ist eine Übereinstimmung, deren Hauptakzent offenbar geradezu auf den Forderungen und Erwartungen der Völker liegt, daß die Regierungen mit ihren gesamteuropäischen Entschlüssen ernst machen. Zweifellos würde ein Erfolg der augenblicklichen Pariser Verhandlungen der Außenminister und der Regierungschefs die Zuversicht ihrer Völker erheblich steigern. Die Regierungen verfügen über ein Volksmandat, wie es in dieser Form wohl selten in Erscheinung tritt. In erhöhtem Maße ergibt sich daraus die Erwartung, daß die Völker nicht enttäuscht werden. Schaut man auf die Etappen der Entwicklung zu einem vereinigten Europa zurück, so erscheinen die heftigen Kämpfe und Auseinandersetzungen, die insbesondere auch in der Bundesrepublik um die Europa-Politik der Bundesregierung geführt worden sind, unverständlich. Sie sind nunmehr in sich überholt. In kaum einer anderen Frage gibt es eine so einhellige Volksmeinung wie in dieser.

Damit ist jene Politik überzeugend gerechtfertigt, die trotz aller inhaltenden Widerstände, Widrigkeiten und trotz engstirniger Bekämpfung das große Ziel nie aus dem Auge verlor und seine Verwirklichung unverdrossen anstrebte. Etappe um Etappe hat sich diese Politik zu einer Bewegung erweitert, die, ursprünglich als „kleineuropäisch“ verdächtigt, nunmehr alle westeuropäischen Mächte in ihren Bann gezogen hat, die sowohl ihre sozialen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen wie auch ihre kulturellen Werte nicht nur bedroht sehen, sondern durch einen historischen Zwang sich dazu aufgerufen fühlen, sie neu zu verwirklichen und für den Frieden und die Freiheit in der Welt einzusetzen.